ANTRAG

Bundesjugendwerkskonferenz 2026

Gremium: *Bundeskonferenz*

Beschlussdatum: *17.05.2026*

Tagesordnungspunkt: *7.c. Weitere Anträge*

A13: Die extreme Rechte im Blick behalten – Wissen aufbauen und handlungssicher für Demokratie und die Werte des Jugendwerkes einstehen

Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:

Das Bundesjugendwerk der AWO setzt sich zusammen mit seinen Untergliederungen ab sofort systematisch und kontinuierlich mit den Aktivitäten und aktuellen Entwicklungen der extremen Rechten in Deutschland auseinander, um die Jugendwerke vor Ort in ihrer Arbeit zu beraten und zu stärken.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes werden beauftragt, das Thema „Die extreme Rechte im Blick behalten – Wissen aufbauen und handlungssicher für Demokratie und die Werte des Jugendwerkes einstehen“ in den nächsten Jahren als Querschnittsthema in die Arbeit des Bundesjugendwerkes zu integrieren und dazu insbesondere die folgenden Punkte umzusetzen:

1. Aufbau eines Informations- und Wissenspools

Das Bundesjugendwerk baut einen Informations- und Wissenspool zu Hintergründen, Entwicklungen und Akteur*innen, aber auch zum Umgang mit der extremen Rechten auf. Dabei werden bestehende Angebote an Publikationen und sonstigen Materialien von bewährten Kooperationspartner*innen genutzt und gebündelt. Im Fokus sollen dabei Informationen, Publikationen, Best-Practice-Beispiele oder auch

Erfahrungsdokumentationen stehen, die jugendpolitisch relevant sind und die

pädagogische/ verbandliche Arbeit der Mitglieder unterstützen können. Beschlüsse und Verfahrensbeispiele aus anderen progressiven Jugendverbänden, Jugendringen oder Akteur*innen sind dabei ebenso zu berücksichtigen.

2. Monitoring von landes- und bundespolitischen Entwicklungen

Das Bundesjugendwerk informiert sich regelmäßig über Anfeindungen von Jugendverbänden, Trägern der Jugendhilfe sowie anderen progressiven Akteur*innen und ihrer Angebote durch Parteien oder Mandatsträger*innen der extremen Rechten auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Dabei sollen insbesondere Anträge auf finanzielle Kürzungen oder Streichungen im Fokus stehen. Die Ergebnisse werden dokumentiert. Der Vorstand berät über geeignete Unterstützungsangebote für betroffene Untergliederungen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen.

3. Aufbau eines Austausch- und Beratungsangebots für die Mitgliedsorganisationen

Das Bundesjugendwerk entwickelt geeignete Austausch- und Beratungsangebote für ihre Untergliederungen, um bei Vorfällen von Anfeindungen oder erhöhten Aktivitäten von Gruppen der extremen Rechten in ihrem Wirkungsbereich, Unterstützung anbieten zu können. Dabei werden auch Verfahren der Verweisberatung genutzt. Außerdem wird das Themenfeld in Fort- und Weiterbildungsangebote aufgenommen.

4. Bildungsarbeit im Jugendwerk stärken und bündeln

Das Bundesjugendwerk der AWO schafft zeitnah einen Austauschpool, in dem schon vorhandene Konzepte und Materialien von Jugendwerken und/oder deren Kooperationspartner*innen

- für Workshops zur politischen Bildung und Demokratieförderung,
- zur Gedenkstättenpädagogik und Gedenkstättenfahrten,
- zur Antirassismusarbeit,
- für Partizipationsprozesse,
- für Planspiele

- zur rassismuskritischen und diskriminierungsfreien Bildungsarbeit
- zu U-18 Wahlen

gesammelt werden und auf den alle Jugendwerke vor Ort Zugriff erhalten.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes nutzen die vorhandenen oder entwickeln ggf. neue Veranstaltungen, um einen aktiven Austausch zu allen genannten Punkten für alle Ehren- und Hauptamtlichen im Jugendwerk zu organisieren, die Themen und Bildungsangebote weiterzuentwickeln, sowie um die Untergliederungen regelmäßig aktiv zu informieren.

Dabei sollen bestehende
Angebote und Expertise anderer Jugendverbände, Jugendringe, Fachstellen und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen genutzt und Doppelstrukturen vermieden werden. Dazu zählen insbesondere:

- Die Bündelung und digitale Bereitstellung bereits bestehender Materialien, Handreichungen und Best-Practice-Beispiele,
- die Einrichtung regelmäßiger digitaler Austauschformate für Haupt-und Ehrenamtliche,
- die Sammlung und Vermittlung bestehender Beratungs-und Unterstützungsangebote externer Fachstellen,
- die Entwicklung eines einfachen Überblicks zu Ansprechpersonen, Verweisberatung und Unterstützungsstrukturen,
- sowie die stärkere Vernetzung der Untergliederungen zu Fragen des Umgangs mit Aktivitäten der extremen Rechten.

Begründung in einfacher Sprache

In den letzten Jahren finden immer mehr junge Menschen rechtsextreme und rechtspopulistische Ideen gut. Das passiert nicht nur in Ostdeutschland. Auch bei Wahlen im März 2026 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hat die AfD bei jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren fast 20 Prozent bekommen. Insgesamt hat sich das Ergebnis der AfD in ganz Deutschland in nur fünf Jahren verdoppelt.

Die meisten jungen Menschen wählen demokratische Parteien. Aber in vielen Regionen war die AfD bei dieser Wahl die stärkste Partei. Bei den nächsten Wahlen im September 2026 könnten sie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sogar über 30 Prozent bekommen. In Sachsen-Anhalt könnte die AfD im schlimmsten Fall sogar mitregieren. Diese Entwicklung ist gefährlich für die Demokratie und darf nicht ignoriert werden.

Die AWO hat eine klare Geschichte gegen rechte Ideen. Deshalb sehen wir uns im Jugendwerk der AWO in der Pflicht, uns klar gegen diese Entwicklungen zu stellen. Zudem ist es wichtig, dass die Jugendwerkswerte erhalten bleiben.

Schon jetzt gibt es an vielen Orten mehr rechtsextreme Jugendgruppen. Sie versuchen, junge Menschen zu erreichen, zum Beispiel über Freizeitangebote, Musik oder soziale Medien. Auch in Schulen wollen sie mehr Einfluss bekommen.

Das ist keine ferne Gefahr. Es gibt schon echte Gewalt. Zum Beispiel gab es Angriffe auf Jugendclubs und Jugendverbände. Auch Projekte wurden angegriffen oder beschädigt. Diese Angriffe zeigen, dass die Gewaltbereitschaft hoch ist. Sie richten sich direkt gegen Jugendverbände und ihre Mitglieder, die wichtig für unsere Demokratie sind.

Außerdem versuchen rechte Gruppen, Angst zu machen und unsere Arbeit schlecht darzustellen. Sie behaupten zum Beispiel, wir dürften nicht politisch sein. Das stimmt so nicht. Gleichzeitig nehmen Bedrohungen zu. Ehrenamtliche werden verfolgt oder bedroht. Manche Jugendliche berichten von Angst und Einschüchterung. Das zeigt: Engagement für die Gesellschaft ist nicht überall sicher.

Vor allem junge Menschen aus benachteiligten Gruppen sind besonders betroffen. Es droht durch den Rechtsdruck, dass Menschen in Gefahr geraten und Einrichtungen schließen müssen.

Auch andere Probleme spielen eine Rolle. Viele Menschen haben weniger Vertrauen daran, dass sie durch Leistung aufsteigen können. Es gibt wirtschaftliche Krisen, soziale Ungleichheit und antidemokratische Ideen. All das beeinflusst das Leben junger Menschen. Deshalb brauchen wir gute und durchdachte Lösungen.

Gerade jetzt ist es wichtig, zusammenzuhalten. Wir müssen Netzwerke stärken, Menschen schützen und gemeinsam Wege finden, mit diesen Herausforderungen umzugehen. Es ist wichtig, klar gegen rechte Ideen Stellung zu beziehen.

Jugendverbandsarbeit ist sehr wichtig. Sie stärkt die Demokratie und hilft

jungen Menschen, sich einzubringen. Wir wollen weiter dafür sorgen, dass junge Menschen Vertrauen in die Demokratie haben und merken, dass sie etwas bewirken können. Unsere Arbeit ist sehr wertvoll für die Zukunft und darf nicht in Frage gestellt werden.